

II. 7079 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode



BUNDESMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT, KUNST UND SPORT

Zl. 10.000/6-Par1/89

Wien, 28. März 1989

Herrn Präsidenten
des Nationalrates
Rudolf PÖDER

Parlament
1017 Wien

3211/AB

1989 -04- 10

zu 3251/J

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 3251/J-NR/89, betreffend große Wissenslücken der Schüler im Bereich der politischen Bildung, die die Abgeordneten Mag. Karin Praxmarer am 7. Februar 1989 an mich richteten, beehre ich mich wie folgt zu beantworten:

A. Grundsätzliches:

Zu der Anfrage wird grundsätzlich festgestellt, daß der Vorwurf "eines eklatanten Versagens der seit 1962 großkoalitionären und seit nunmehr beinahe zwei Jahrzehnten unter Federführung eines sozialistischen Ministers geleiteten Schulpolitik" zurückzuweisen ist, da die politische Bildung der Jugend nur zu einem Teil durch die Inhalte schulischen Lernens bestimmt sind; große Teile werden entscheidend durch die Medien, die politischen Erfahrungen im Alltag - durch die politische Kultur in einem Land - beeinflusst. Auch in der in der parlamentarischen Anfrage angeführten Studie der "Jungen Generation in der SPÖ" wird festgestellt, daß für die aufgezeigten Unzulänglichkeiten in der Politischen Bildung von Schulabgängern nicht die Schule allein verantwortlich gemacht werden kann, vielmehr "soll die Studie die Aufmerksamkeit auch auf andere Bereiche der Bildung (familiäre Erziehung, Medien, Erwachsenenbildung, Arbeit von Parteien, Vereinen und Verbänden etc.) lenken."

- 2 -

Wesentlich für die politische Bildung der Jugend ist, welche politischen Erfahrungen in der alltäglichen Lebenswelt gemacht werden und wie Interessenskonflikte zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen als Inhalt von Politik erkennbar werden; inwieweit die eigene Betroffenheit davon deutlich wird und ob Jugendliche die Möglichkeit der demokratischen Durchsetzung von Interessen kennenlernen können. Dabei kommt den politischen Parteien selbst in ihrem Auftreten in der Öffentlichkeit große Verantwortung zu, der durch rein populistische Verhaltensweisen nicht entsprochen werden kann.

B. Zu den einzelnen Punkten der Anfrage:

ad 1)

Bestehende Defizite im politischen Bewußtsein österreichischer Schulabgänger können nicht als allgemeingültiger Befund angesehen werden. Entscheidend bedingt durch außerschulische Faktoren lassen sich bei Schulabgängern, wie auch in der erwachsenen Bevölkerung unterschiedlichste Niveaus politischen Bewußtseins feststellen.

Wesentlich für die Beurteilung des Grades politischer Bildung ist die Frage, von welchem Politikbegriff bzw. welchem Begriff politischer Bildung bei einer Beurteilung ausgegangen wird. So stellt der "Bericht zur Lage der Jugend in Österreich" (Dr. Peter A. ULRAM) fest, daß seit den beginnenden 80iger Jahren ein deutlicher Anstieg an politischem Interesse bei Jugendlichen feststellbar ist.

- 3 -

Ihre politischen Aktivitäten entsprechen allerdings zu einem Gutteil nicht den traditionellen Formen, vielmehr nehmen neue, eher unkonventionelle Formen politischer Beteiligungen zu.

ad 2)

Der Aussage von Dr. Christian CAP (zitiert nach der AZ vom 17. Jänner 1989) ist insoferne zuzustimmen, daß es Ziel der Politik in Österreich sein muß zu verhindern, daß Teile der Gesellschaft von einem der modernen Informationsgesellschaft entsprechenden Bildungsniveau ausgeschlossen sind.

ad 3),4) und 5)

Den Grundsätzen politischer Bildung als Unterrichtsprinzip kann nur zum Teil durch Wissensvermittlung entsprochen werden, da dessen Verwirklichung entscheidend davon abhängt, ob es gelingt, die Fähigkeit zum Erkennen politischer Zusammenhänge und zu kritischem Urteil zu entwickeln, sowie die Bereitschaft zu einem verantwortungsbewußten Mitwirken an der Verwirklichung und Erhaltung der Demokratie zu wecken. Eine empirische Untersuchung dieser erzieherischen Aufgabe, die insbesondere in einem fächerübergreifenden, auch das Handeln einbeziehenden "Unterricht" erfolgen kann, macht eine sehr differenzierte wissenschaftliche Untersuchungsmethode, die auch die unterschiedlichen handlungsrelevanten Aspekte erfaßt, nötig. Dies kann nicht durch die Schulbehörde allein geleistet werden. Seitens des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Sport besteht jedoch im Rahmen der Bemühungen um die politische Bildung ein ständiger Kontakt mit Universitätsinstituten, die derartige Untersuchungen durchführen.

- 4 -

ad 6)

Feststellbare Mängel politischer Bildung sind, soweit ihre Ursachen im Rahmen schulischen Lernens zu suchen sind, nicht zuletzt dadurch bedingt, daß auch in die Schule, als Teil der gesellschaftlichen Realität und politischen Kultur in Österreich, jene Einstellungen hineinwirken, die auch den in der Öffentlichkeit vorherrschenden negativ besetzten Politikbegriff bestimmen, ein Politikbegriff der die politischen Auseinandersetzungen zugrundeliegenden Interessenskonflikte nicht als notwendiges strukturelles Merkmal einer Demokratie aufzeigt und meint, daß in der Schule nicht "politisiert" werden soll. Ohne Realitätsbezug ist jedoch - wie auch Teile der Untersuchung der Jungen Generation in der SPÖ zeigen - politische Bildung nicht möglich. Eine Verbesserung politischer Bildung auch in den Schulen, stellt sich daher als gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

ad 7)

Bestehende Bemühungen im Rahmen der gesetzlichen Kompetenzen des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Sport zu einer verstärkten Bewußtmachung der Bedeutung politischer Bildung in den Schulen sollen weiter fortgesetzt werden, wobei der Lehrerbildung entscheidende Bedeutung zukommt.

